

# Machtkritisches Denken als Widerstand gegen extrem rechte Ideologien

## Warum politische Bildung heute wichtiger denn je ist

**Die politische Bildung spielt eine entscheidende Rolle im Kampf gegen extrem rechte und demokratiefeindliche Strömungen, die weltweit an Einfluss gewinnen. In demokratischen, multidiversen Gesellschaften gefährdet ihr Erstarken nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern stellt auch soziale Werte infrage. Politische Bildung dient dabei nicht nur der Wissensvermittlung über politische Systeme, sondern fördert auch kritisches Denken und die reflektierte Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Fragen. Sie hilft, extrem rechte Ideologien sowie Rassismus und Antisemitismus zu erkennen und ihre Gefahren für die Demokratie zu verstehen.** von Karima Benbrahim

In einer Zeit, in der extrem rechte und demokratiefeindliche Strömungen weltweit an Einfluss gewinnen, ist die Rolle der politischen Bildung von entscheidender Bedeutung. Gerade in demokratischen und multidiversen Gesellschaften, in denen Aushandlungsprozesse und die Möglichkeiten der Artikulation, die Vielfalt der Meinungen und politischen Überzeugungen eine Grundlage für das Zusammenleben bilden, stellt das Erstarken von extrem rechtem und autoritärem Gedankengut eine Herausforderung dar, indem nicht nur die politische Landschaft verändert wird, sondern auch die sozialen Werte in Frage gestellt und der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet werden. Politische Bildung bietet in diesem Zusammenhang einen der wichtigsten Ansätze, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Sie ist nicht nur eine Maßnahme zur Vermittlung von Wissen über politische Systeme und Prozesse, sondern auch ein Werkzeug zur Förderung von kritischem Denken und der Fähigkeit zur reflektierten Auseinandersetzung mit politischen und gesellschaftlichen Fragen. Durch sie werden Individuen befähigt, extrem rechte Ideologien und virulente Phänomene wie Rassismus und Antisemitismus zu erkennen und ihre Gefährlichkeit bzw. Demokratiefeindlichkeit zu verstehen.

Bei der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 wurde die rechtsextreme Partei *Alternative für Deutschland* (AfD) mit 20,8% zweitstärkste Kraft in Deutschland, insbesondere durch Stimmen von Erstwähler\*innen. Auch wenn der Anteil der 18- bis 24-Jährigen unter den Wahlberechtigten weniger als zehn Prozent ausmacht, hatte ihre Wahlentscheidung am Ende einen erheblichen Einfluss, weil sich viele deutlich gegen die Parteien der politischen Mitte entschieden. Junge Menschen, insbesondere junge Männer, neigen laut Umfragen der *Financial Times* dazu, konservative bis rechtsextreme Parteien zu wählen, während Frauen emanzipatorische Parteien bevorzugen. Laut Analysen der Parteiprogramme zeigen sich europaweit starke Übereinstimmungen zwischen den rechtspopulistischen Parteien, etwa bei der Forderung nach einem stärkeren Grenzschutz, einer restriktiven Migrationspolitik und einer Abwendung von Klimaschutzmaßnahmen sowie beim Wunsch nach einem geringeren Einfluss der EU.

Nach der Bundestagswahl wurde von den demokratischen Parteien kaum Selbstkritik geäußert. Stattdessen wurde Verwunderung darüber geäußert, dass junge Wähler\*innen für eine rechtspopulistische Partei wie die AfD stimmten – obwohl seit Jahren in Studien wie z. B. →

den *Mitte-Studien* der *Friedrich-Ebert-Stiftung* davor gewarnt wird. Im gesamten Bundeswahlkampf antworteten auch die demokratischen Parteien auf sozioökonomische Fragen, auf Fragen zu Wirtschaftswachstum, Frieden und Klimawandel mit rassistischen Narrativen und Angst und Panik schürenden Debatten über Migration. Die rechten Diskurse und politischen Debatten zum Gewinn von Wählerstimmen veranschaulichen eine Normalisierung von AfD-Positionen in der Mitte. Doch auch das führte – wie zu erwarten – zum weiteren Erstarken der rechten und in Teilen rechtsextremen Partei. Wie kann es sein, dass rechtsextreme Aussagen in der politischen Debatte normalisiert werden, um der AfD vermeintlich den Wind aus den Segeln zu nehmen? Diese Frage bleibt von den demokratischen Parteien bis heute unbeantwortet. Stattdessen stehen ausgerechnet jetzt die Kinder- und Jugendarbeit, die politische Bildung und die Demokratieförderung – die die so notwendigen rassismuskritischen und demokratischen Lern- und Bildungsprozesse fördern – unter großem Druck. Die nach der Bundestagswahl von der CDU gestellte *Kleine Anfrage* mit insgesamt 551 Fragen zur Finanzierung von gemeinnützigen Organisationen hat diesen Druck massiv erhöht.

## **In einer Zeit, in der extrem rechte und demokratiefeindliche Strömungen weltweit an Einfluss gewinnen, ist die Rolle der politischen Bildung von entscheidender Bedeutung.**

Die Studie „*Die distanzierte Mitte*“ der *Friedrich-Ebert-Stiftung* (vgl. Zick/Küpper/Mokros 2023) beleuchtet rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen und Hintergründe in der Bevölkerung. Ein Ergebnis der Studie ist, dass rechtsextreme Einstellungen stark angestiegen und weiter in die Mitte gerückt sind. Jede zwölfte Person in Deutschland teilt ein rechtsextremes Weltbild, und mit 8 % ist der Anteil von Befragten der *Mitte-Studie* mit klar rechtsextremer Orientierung gegenüber dem Niveau von knapp 2 bis 3 % in den Vorjahren erheblich angestiegen. Die Folgen der Pandemie sind noch nicht überwunden, die Krise durch Inflation und Klimakrise nach wie vor virulent. Mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und dessen Folgen für Sicherheit und Energieversorgung

kamen weitere Herausforderungen für die gesellschaftliche Mitte hinzu. Die Ängste, Unsicherheiten und befürchteten Verteilungskonflikte bieten das Einfallstor für antidemokratische Positionen und rechtsextreme Ideologien, wie auch zur Abwertung der „Anderen“. Laut der Studie ist das Vertrauen in die Institutionen und in das Funktionieren der Demokratie unter 60 % gesunken, und ein erheblicher Teil der Befragten vertritt verschwörungsgläubige (38 %), populistische (33 %) und völkisch-autoritär-rebellische (29 %) Positionen. Insgesamt übersteigt die Tendenz zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (Antisemitismus, Rassismus, Antifeminismus, Queerfeindlichkeit, Klassismus) in der aktuellen *Mitte-Studie* sogar das hohe Vor-Corona-Niveau von 2018/19. Jede\*r zehnte Befragte ist dabei grundsätzlich verschiedenen Minderheiten in der Gesellschaft gegenüber feindselig und diskriminierend eingestellt. Die Studie zeigt deutlich, wie die Demokratie in ihren Grundprinzipien, Verfahren und Institutionen zunehmend mit Distanz betrachtet wird und sich die Mitte teilweise radikalisiert. Die Krisen der letzten Jahre führen verstärkt zu Nationalismus, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und demokratiegefährdenden Positionen. Zugleich geht eine demokratiefeste „Mitte“ auf klare Distanz zu den Feinden der Demokratie. Doch wie kann die politische Bildung diese Distanz in ihren Institutionen stärken, wenn zeitgleich die Förderung von politischer Bildung reduziert wird und antirassistische zivilgesellschaftliche Organisationen angegriffen und bedroht werden? (Vgl. Benbrahim 2021a, S. 55 ff.) Die politische Bildung trägt erheblich dazu bei, antidemokratische Einstellungen zu reduzieren sowie für rassistische, antisemitische und rechtsextreme Einstellungen in der Gesellschaft zu sensibilisieren und aufzuklären. Doch dafür braucht sie jegliche Unterstützung in Form einer systemrelevanten Demokratieförderung.

### **Strukturkritische politische Bildung angesichts des Erstarkens von Rechtsterrorismus und demokratiefeindlichen Einstellungen**

Ein zentraler Aspekt einer für die Bewältigung der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen zeitgemäßen politischen Bildung ist der kritische Blick auf die Strukturen, der gesellschaftliche Ungleichheiten, Diskriminierungen und Gewalt zugrunde liegen. Politische Bildung darf nicht nur Handlungsperspektiven aufzeigen, sondern muss auch Raum für die Frage eröffnen: Wo haben wir nicht hingeschaut? Was haben wir als Gesellschaft versäumt und welche Strukturen haben diese Entwicklungen begünstigt? Gerade in der Auseinandersetzung mit Themen wie

Rechtsterrorismus müssen wir uns fragen, inwiefern unser Blick auf solche Phänomene von vornherein begrenzt war. Welche Diskurse wurden über Jahre hinweg vernachlässigt, verharmlost und normalisiert? Welche Gefahren wurden von der Gesellschaft zu wenig beachtet oder nicht als problematisch wahrgenommen? Eine kritische politische Bildung fordert, diese weißen Flecken zu erkennen und einen Dialog zu führen, der gesellschaftliche Verhältnisse und Machtstrukturen vertieft in den Blick nimmt.



Foto: Soziale Bildung Rostock e. V.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Abgrenzung der politischen Bildung von der Extremismusprävention. Letztere fokussiert sich in der Regel auf präventive Maßnahmen zur Verhinderung von radikalisierenden Bedingungen und Radikalisierungstendenzen und ist häufig von einem eher reaktiven Ansatz geprägt. Politische Bildung hingegen sollte sich nicht nur mit der Verhinderung von Extremismus auseinandersetzen, sondern auch die zugrundeliegenden sozialen und politischen Strukturen, die solche Phänomene verursachen und begünstigen, kritisch hinterfragen. Es geht darum, junge Menschen zu befähigen, politische und gesellschaftliche Entwicklungen zu verstehen, eigene Positionen zu formulieren und sich aktiv in politische Prozesse einzubringen – auch und gerade im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit Extremismus, ohne dabei in eine bloße Gefahrenabwehrhaltung zu verfallen.

Politische Bildung kann und sollte nicht nur auf Zahlen und Faktenwissen zurückgreifen, sondern muss auch die Frage nach der Quelle unseres Wissens und den damit verbundenen Wertvorstellungen stellen. Wer bestimmt, welches Wissen vermittelt wird? Welche Perspektiven sind dominant, welche marginalisiert? Welche politischen oder ideologischen Einflüsse steuern unser Denken und Handeln? Wenn wir politische Bildung als einen Raum für kri-

tische Reflexion verstehen, dann müssen wir uns auch mit der Frage beschäftigen, welche Handlungsspielräume wir innerhalb dieser gesellschaftlichen Strukturen tatsächlich haben. Politische Bildung ist also immer auch ein Reflexionsprozess über die eigene Rolle in einer Gesellschaft und die Möglichkeiten, politische Verhältnisse aktiv zu gestalten oder zu verändern.

**Die politische Bildung trägt erheblich dazu bei, antidemokratische Einstellungen zu reduzieren sowie für rassistische, antisemitische und rechtsextreme Einstellungen in der Gesellschaft zu sensibilisieren und aufzuklären. Doch dafür braucht sie jegliche Unterstützung in Form einer systemrelevanten Demokratieförderung.**

Besonders herausfordernd ist es, in der politischen Bildung vielfältige gesellschaftliche Perspektiven zu integrieren und dabei gegen die weit verbreitete Überzeugung zu argumentieren, dass rechter Terror lediglich ein Randphänomen sei. Es ist entscheidend anzuerkennen, dass Rechtsterrorismus und rechte Gewalt im Zusammenhang mit den rassistischen und antisemitischen Diskursen und ihrer zunehmenden Normalisierung im „Mainstream“ betrachtet werden müssen. Das nicht wahrzunehmen, führt häufig zu einem unzureichenden Verständnis für die Gefahr, die von solchen Ideologien ausgeht. Eine kritische politische Bildung sollte daher einen Raum schaffen, in dem auch marginalisierte Perspektiven gehört werden und die Auseinandersetzung mit der eigenen Positionierung als Teil eines demokratischen Diskurses erfolgt. Die Beschäftigung mit politischem Aktivismus muss immer auch mit der Reflexion der eigenen politischen Haltung und Verantwortung einhergehen.

Vielfalt, Repräsentanz und Multiperspektivität sind zentrale Ziele in der politischen Bildung, insbesondere im Hinblick auf die Frage, wie wir mit der Auseinandersetzung über Themen wie rechten Terror umgehen. Doch auch wenn diversitätssensible Konzepte und die Einbeziehung →



strukturell verankerte Praktiken von Rassismus überprüft und rassismuskritisch gestaltet werden (vgl. Benbrahim 2021b).

### *Demokratie verstehen und verteidigen*

Politische Bildung kann dabei helfen, die Grundprinzipien der Demokratie zu verdeutlichen: den Respekt vor der Freiheit des Einzelnen, die Bedeutung von Gleichberechtigung und Gerechtigkeit sowie die Rolle der Partizipation. Diese Werte müssen nicht nur in abstrakter Form vermittelt, sondern in den Alltag der Menschen integriert werden. Gerade junge Menschen, die in einer zunehmend polarisierten und digitalen Welt aufwachsen, benötigen ein solides Fundament, auf dem sie ihre politischen Überzeugungen bilden können. Sie müssen verstehen, wie Demokratie funktioniert und warum es wichtig ist, sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen.

Ein zentrales Element der politischen Bildung ist die Beschäftigung mit rassistischen, rechten und demokratiefeindlichen Ideologien. Menschen, die anfällig für extrem rechte oder demokratiefeindliche Einstellungen sind, haben oft nur ein oberflächliches Verständnis für die Gefahren, die von solchen Ideologien ausgehen. Sie können die Auswirkungen von Diskriminierungen, Hass, Ungleichwertigkeitsvorstellungen und Gewalt auf die Gesellschaft nicht immer abschätzen. Politische Bildung kann dazu beitragen, diese Ideologien zu entmystifizieren und ihre Schwächen aufzuzeigen. Indem sie die historischen Wurzeln und die tragischen Folgen von Rassismus und Rechtsterrorismus beleuchtet, sensibilisiert politische Bildung die Menschen dafür, welche Risiken mit der Unterstützung extrem rechter Bewegungen verbunden sind.

### *Förderung von Selbstwirksamkeit, Empathie und gesellschaftlichem Zusammenhalt*

Ein weiteres wichtiges Ziel der politischen Bildung ist es, Empathie und Verständnis für andere Menschen und ihre Lebensrealitäten zu fördern. In einer zunehmend diversifizierten Gesellschaft ist es wichtig, dass Menschen lernen, die Perspektiven anderer zu respektieren und sich für gemeinsame Werte einzusetzen. Politische Bildung kann hier eine Brücke schlagen, indem sie den Austausch zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen fördert und Dialoge ermöglicht, die Vorurteile und falsche Vorstellungen für die Ursache für soziale Ungleichheit abbauen. Gerade in Zeiten, in denen Polarisierung und Hassverbreitung durch soziale Medien verstärkt werden, ist dieser Dialog entscheidend. Im Sinn einer Programmatik

fordern Wissenschaftler\*innen schon lange ein „Pädagogisches Können in der Migrationsgesellschaft“. Damit ist gemeint, den spezifischen Rahmenbedingungen in einer von Migration geprägten Gesellschaft gerecht zu werden und „gleichzeitig stereotype und stigmatisierende Fest- und Zuschreibungen zu reflektieren und zu vermeiden“ (Doğmus/Karakaşoğlu/Mecheril 2016). Dies bedeutet, dass Differenzsensibilität und eine Auseinandersetzung mit Diskriminierungsformen zur Kernkompetenz von Pädagog\*innen gehören sollten.

---

## **In einer zunehmend diversifizierten Gesellschaft ist es wichtig, dass Menschen lernen, die Perspektiven anderer zu respektieren und sich für gemeinsame Werte einzusetzen.**

In der Bildungslandschaft existieren bereits erprobte rassismuskritische Konzepte wie *safer spaces* und *braver spaces*, die zur Sensibilisierung und zum Umgang mit Diskriminierungen und Rassismen angewendet werden, da sie die Perspektiven und Wissensbestände von Betroffenenperspektiven fokussieren. Aus rassismuskritischer Sicht ist die Auseinandersetzung mit Rassismus aus der Betroffenenperspektive für alle notwendig, dennoch zielen die Angebote hauptsächlich darauf, nicht-betroffene Zielgruppen fit und handlungskompetent zu machen. Diese Perspektive vernachlässigt die Förderung von Handlungssicherheit und Stärkung von Betroffenen rassistischer, antisemitischer und rechter Gewalt in der politischen Bildung (vgl. Benbrahim 2019). Die Kombination von *safer* und *braver spaces* in der community-basierten politischen Bildung bietet zahlreiche Chancen. Sie ermöglicht es, ein inklusives Umfeld zu schaffen, in dem Vielfalt geschätzt wird und unterschiedliche Perspektiven Gehör finden. Durch Workshops, Diskussionsrunden und interaktive Formate können Teilnehmende nicht nur ihre eigenen Sichtweisen erweitern, sondern auch Empathie und solidarische Bündnisse gemeinsam entwickeln. Lebensweltorientierte und partizipative Ansätze der politischen Bildung können so Menschen in ihrer Eigenverantwortung stärken und in ihrer Fähigkeit fördern, demokratische Werte zu leben und zu verteidigen. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Schulen, Universitäten, zivilgesellschaftlichen Organisationen und politischen Instituti- →

onen ist dabei unerlässlich, um eine breite, flächendeckende und nachhaltige politische Bildung zu gewährleisten.

### **Digitale politische Bildung in Auseinandersetzung mit extrem rechten und demokratiefeindlichen Einstellungen**

Mit zunehmender Digitalisierung hat sich die Art und Weise, wie Menschen politische Informationen konsumieren und verbreiten, grundlegend verändert. Das Internet und insbesondere soziale Medien bieten eine Plattform für den Austausch von Ideen und Informationen – sowohl für demokratische als auch für extremistische Bewegungen. Diese Entwicklung hat auch das Erstarken extrem rechter und demokratiefeindlicher Einstellungen begünstigt. Der einfache Zugang zu digitalen Medien ermöglicht es solchen Ideologien, sich schnell zu verbreiten und in verschiedenen sozialen Kreisen Fuß zu fassen. In diesem Kontext gewinnt die digitale politische Bildung an Bedeutung, da sie eine Schlüsselrolle dabei spielt, den Einfluss extrem rechter Ideologien zu bekämpfen und die demokratischen Werte zu stärken.

Extrem rechte und demokratiefeindliche Einstellungen finden in den digitalen Räumen besonders günstige Bedingungen. Soziale Netzwerke, Foren und andere Plattformen fungieren als Katalysatoren für die Verbreitung von Hass, Verschwörungstheorien und populistischen Narrativen. Die Anonymität des Internets erleichtert es, menschenfeindliche Ideologien zu verbreiten, ohne sofort für die eigenen Aussagen zur Verantwortung gezogen zu werden. Algorithmen verstärken diese Dynamiken, indem sie Inhalte, die bereits bestehende Überzeugungen und Vorurteile bestätigen, verstärkt in die Feeds der Nutzer\*innen hineinspülen. Diese Filterblasen können Menschen isolieren und ihre Weltanschauung zunehmend radikalieren.

Die digitale Verführungskraft extrem rechter Ideologien zeigt sich besonders bei jungen, unentschlossenen Nutzer\*innen, die sich in der unübersichtlichen Informationsflut zurechtfinden müssen. Oft bieten extremistische Gruppen einfache Antworten auf komplexe gesellschaftliche Probleme und zeichnen ein Bild von einer klaren „Wir gegen die“-Mentalität, die auf der Ablehnung von Pluralität und Demokratie basiert. Hier setzt die digitale politische Bildung an.

### *Ziele und Aufgaben der digitalen politischen Bildung*

Digitale politische Bildung muss als eine wesentliche Antwort auf diese Herausforderungen verstanden werden. Ihr Ziel ist es, Menschen zu befähigen, sich in der digitalen

Welt kritisch und verantwortungsbewusst zu bewegen. Sie sollte nicht nur Wissen über politische Systeme und demokratische Werte vermitteln, sondern auch praktische Fähigkeiten wie Medienkompetenz zur aktiven und konstruktiven Teilnahme an zivilgesellschaftlichen Diskursen.

## **Ein zentrales Ziel der digitalen politischen Bildung ist die Förderung von kritischem Denken und Medienkompetenz. Nutzer\*innen sollen in die Lage versetzt werden, Informationen zu hinterfragen, die Verbreitung von Falschmeldungen zu erkennen und die Absichten hinter bestimmten digitalen Inhalten zu verstehen.**

Ein zentrales Ziel der digitalen politischen Bildung ist die Förderung von kritischem Denken und Medienkompetenz. Nutzer\*innen sollen in die Lage versetzt werden, Informationen zu hinterfragen, die Verbreitung von Falschmeldungen zu erkennen und die Absichten hinter bestimmten digitalen Inhalten zu verstehen. Dabei geht es nicht nur um die Technik des „Faktencheckens“, sondern auch um das Erkennen von manipulativen Narrativen, die gezielt auf Ängste und Unsicherheiten der Menschen abzielen. Das Bewusstsein für die Gefahren von Desinformation und Hassrede ist essentiell, um den digitalen Raum als einen Ort des demokratischen Austauschs und nicht der Radikalisierung zu erhalten.

### *Strategien der digitalen politischen Bildung*

Digitale politische Bildung kann auf verschiedenen Ebenen ansetzen, um extrem rechten und demokratiefeindlichen Einstellungen entgegenzuwirken. Zu den erfolgreichsten Methoden zählen:

1. Interaktive Bildungsformate: Workshops, Online-Kurse und Webinare, die den Dialog fördern und den Nutzer\*innen ermöglichen, sich aktiv mit politischen Themen auseinanderzusetzen. Hier können sie auch lernen, wie sie sich gegen extremistische Ideologien positionieren können.

2. Einsatz von digitalen Tools: Durch die Verwendung von interaktiven Plattformen und Apps können junge Menschen spielerisch lernen, wie sie sich in der digitalen Welt sicher bewegen. Dies schließt die Entwicklung von Kompetenzen wie dem Erkennen von Fake News, der Analyse von politischen Diskursen und dem verantwortungsvollen Umgang mit Social Media ein.
3. Förderung der politischen Partizipation: Digitale politische Bildung sollte die Nutzer\*innen dazu anregen, sich aktiv in die gesellschaftliche und politische Diskussion einzubringen. Online-Plattformen können genutzt werden, um konstruktive Debatten zu führen, an politischen Kampagnen teilzunehmen oder eigene politische Initiativen zu starten.
4. Kollaboration mit zivilgesellschaftlichen Organisationen: Schulen, Universitäten und NGOs können in Partnerschaft digitale Bildungsinitiativen entwickeln, die den Dialog zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen fördern. Gerade im Kampf gegen rechtsextremistische Narrative ist es entscheidend, dass alle Akteure zusammenarbeiten, um eine breite Wirkung zu erzielen.

Digitale politische Bildung ist ein entscheidender Hebel, um dem Erstarken extrem rechter und demokratiefeindlicher Einstellungen entgegenzuwirken. Sie stärkt das Bewusstsein für die Werte der Demokratie, fördert kritisches Denken und unterstützt die Nutzer\*innen dabei, sich sicher und verantwortungsvoll in der digitalen Welt zu bewegen. Um diesen Herausforderungen wirksam zu begegnen, muss die digitale politische Bildung kontinuierlich weiterentwickelt und an die sich wandelnden Bedürfnisse der digitalen Gesellschaft angepasst werden. Nur so kann gewährleistet werden, dass die digitale Welt auch in Zukunft ein Ort des respektvollen Austauschs und der politischen Teilhabe bleibt – frei von Hass, Rassismus und Extremismus.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 2/2025

## Zur Autorin



**Karima Benbrahim** ist Erziehungswissenschaftlerin und Konflikt-Mediatorin. Sie leitet die landesweite Fachstelle Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit in NRW. Sie forscht und publiziert zu Rechtsextremismus, Rassismus(kritik), Intersektionalität und Empowermentarbeit in der politischen Bildung. In der politischen Bildungsarbeit legt sie einen Fokus auf rassismuskritische und intersektionale Organisationsentwicklungsprozesse in Institutionen. Sie lehrte an der Universität Bielefeld und Hochschule Koblenz zum Thema rassismuskritische und diversitätsbewusste Bildungsarbeit.

karima.benbrahim@ida-nrw.de

## Literatur

**Benbrahim, Karima (2019):** Rassismus (be)trifft uns ALLE – Rassismuskritische Perspektiven in der Bildungsarbeit; [www.vielfalt-mediathek.de/wp-content/uploads/2020/12/karima\\_benbrahim\\_rassismus\\_betrifft\\_uns\\_alle\\_\\_rassismuskritische\\_perspektiven\\_in\\_der\\_bildungsarbeit\\_vielfalt\\_mediathek\\_1.pdf](http://www.vielfalt-mediathek.de/wp-content/uploads/2020/12/karima_benbrahim_rassismus_betrifft_uns_alle__rassismuskritische_perspektiven_in_der_bildungsarbeit_vielfalt_mediathek_1.pdf) (Zugriff: 17.03.2025)

**Benbrahim, Karima (2021a):** Fragen an IDA-NRW: Was bedeuten Angriffe von rechts für die Arbeit? In: Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): Weiblich, bewegt, extrem rechts. Frauen, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen. Berlin: Eigendruck, S. 55–57

**Benbrahim, Karima (2021b):** Rassismus verlernen und Rassismuskritik erlernen! Die Notwendigkeit einer rassismuskritischen politischen Bildung. In: Journal für politische Bildung 1/2021. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 410

**Bundesregierung (2025):** Wahlwissen 2025. Fakten und Zahlen zur Wahl; [www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte-der-bundesregierung/bundestagswahl-2025/bundestagswahl-fakten-1929832](http://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte-der-bundesregierung/bundestagswahl-2025/bundestagswahl-fakten-1929832) (Zugriff: 13.03.2025)

**Doğmuş, Aysun / Karakaşoğlu, Yasemin / Mecheril, Paul (Hrsg.) (2016):** Pädagogisches Können in der Migrationsgesellschaft. Wiesbaden: Springer VS

**Zick, Andreas / Küpper, Beate / Mokros, Nico (Hrsg.) (2023):** Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/2023. Bonn: Dietz/Friedrich-Ebert-Stiftung